

Falsche Behauptungen

Zu: „Arbeitsplätze sind bedroht“

(16. September)

Es ist erfreulich, dass sich der Stuttgarter Joachim Langer auch für die Lärmprobleme der Anwohner in Böblingen und Sindelfingen durch den geplanten sechsspurigen Ausbau der A 81 interessiert. Mehr als ärgerlich ist allerdings, dass er nichts als nachweisbar falsche Behauptungen aufstellt.

Ministerpräsident Oettinger sagte im März 2006: „Es war ein historischer Fehler, die direkte Autobahn-Verbindung zwischen Gärtringen und Leonberg aufzugeben.“ Die Planung für die Fortführung der Autobahn Heilbronn zum westlichen Bodensee (A81) sahen seit den 1930er Jahren eine direkte Trassenführung vom Leonberger Kreuz nach Gärtringen als Nord-Süd-Trasse vor. Die Aussage von Günther Oettinger bezieht sich auf den Beschluss der Landesregierung am 2. April 1985, diese Trasse fallenzulassen.

Dieser Beschluss wurde an die Überdeckung der Bundesstraße 14 – jetzt A 81 genannt – im Wohnbereich Böblingens und Sindelfingens gebunden, da die unerträglichen Lärmbelastungen damals schon bekannt waren. Diese mehr als 70-jährige Planung der Nord-Süd-Trasse ist nicht einer

Anbindung des Daimlerwerkes an das Autobahnnetz geschuldet, sondern der Bereitstellung einer aus Sicht des Bundes notwendigen Fernverkehrsachse.

Die heutigen chaotischen Verhältnisse sind der vom Land und Bund beschlossenen Überlagerung des Autobahn-Nord-Süd-Verkehrs mit dem lokalen Verkehr geschuldet. Böblingen und Sindelfingen sind, anders als von Joachim Langer vermutet, nicht entsondern sogar zusätzlich belastet worden.

Die Einnahmen des Bundes aus der Laster-Maut betragen letztes Jahr 3,3 Milliarden Euro. Es ist also ein Leichtes für den Bund, die 1985 getroffene Vereinbarung zu realisieren. Dadurch wird nicht die Allgemeinheit belastet, sondern der Schwerlastfernverkehr, der auch den größten Anteil zur Lärmbelastung beisteuert.

Die Städte Böblingen und Sindelfingen haben weder für Bundesstraßen noch für Autobahnen ein Planungs- oder Gestaltungsrecht. Das beansprucht der Bund. Die Pflicht zur Beseitigung der Missstände liegt also nicht bei den Städten, sondern bei Land und Bund. **Rudolf Maly, Sindelfingen**